

Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen
Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband
Band: 11 (1959)
Heft: 6

Artikel: Zeit ist Geld
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-962961>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE WELT IM RADIO

EIN ALTES KAPITEL

FH. Die Zunahme schwerer Kapitalverbrechen hat in unserm Land die Oeffentlichkeit alarmiert - endlich, möchte man beifügen. Bisher hat sie sich um die Tatsache, dass die meisten Vorbestraften wieder rückfällig werden, viele von ihnen einen grossen Teil ihres Lebens hinter Gefängnismauern verbringen, wenig gekümmert, so erschreckend sie doch ist. Ein klarerer Beweis, dass unser Strafvollzug fehlerhaft ist, dass er nur selten zu einer Besserung des Verbrechers führt, ist kaum denkbar. Charakteristisch wiederum die Reaktion des Publikums auf die Vorfälle: Verschärfung der Strafen, ja Wiedereinführung der Todesstrafe wurde kurzerhand in namhaften Zeitungen gefordert. Wie wenn nicht schon seit Jahrhunderten bewiesen wäre, dass Verbrecher durch keinerlei Gewaltmassnahmen, auch nicht durch die schlimmsten Folterungen, zB. durch das in den USA bis in die Neuzeit öfters ausgeführte, regelmässige Auspeitschen, wirklich geändert werden können, dadurch im Gegenteil nur tiefer in ihre gesellschaftsfeindliche Trotzeinstellung hineingetrieben werden. Geschweige, dass die Abschreckung durch die Todesstrafe eine Wirkung hätte, die ja nichts anderes als das jämmerliche Eingeständnis einer unfähigen Gesellschaftsordnung ist, mit dem Problem der Besserung von Uebeltätern nicht fertig zu werden.

Es ist kein Trost, dass auch andere Länder mit dem bisherigen Strafvollzug schlechteste Erfahrungen gemacht haben, dass der Prozentsatz der Rückfälligen an andern Orten nicht geringer als bei uns ist. Immerhin hat dies dazu geführt, dass zB. in England die Regierung, wie kürzlich im englischen Rundspruch berichtet wurde, energische Schritte eingeleitet hat, um neue Wege im Strafvollzug zu beschreiten, nachdem alle alten versagt haben und die Kriminalität immer stärker ansteigt. Der Innenminister hat dem Parlament eine Vorlage über die Reform des Strafprozesses eingereicht, die von allgemeinem Interesse ist. Sie will darangehen, auf lange Sicht eine endgültige Lösung des Verbrecherproblems überhaupt zu finden. Das Strafsystem habe bisher (wie bei uns) mit der Stimme Jakobs gesprochen, doch seine Hände seien die Hände Esaus, und es sei dringend nötig, dass etwas geschehe.

Die Anträge der Regierung (Home Office) gehen davon aus, dass wir uns in einer wechselnden, sich ändernden Gesellschaft befinden. Die alte Auffassung der Justizpflege, Vergeltung und Abschreckung zu üben, müsse weichen, sie sei nicht bloss nach christlicher Auffassung falsch. Die gesamte Kriminalpolitik müsse einen rein reformatorischen Charakter tragen, soweit überhaupt noch von "Strafe" die Rede sein könne. Alles hänge davon ab, einen Uebeltäter nur gründlich geändert aus der Anstalt zu entlassen und die Degradierung von Verurteilten durch die Gesellschaft nach der Entlassung zu verhindern, da sie besonders verhängnisvolle Folgen nach sich zöge.

Das ist gewiss nicht neu. Aber noch von keiner Regierung (vielleicht mit Ausnahme der schwedischen) ist sie so klar vertreten worden. Auch in England hat man sich seit 200 Jahren auf die beiden Krücken gestützt: Besserung der Gefangenen und gleichzeitig Vergeltung Bestrafung. Das war, wie die Regierung in London erklärt, falsch. (In England brauchte man 200 Jahre zu dieser Einsicht, wie lange wird es da bei uns dauern?) Das Resultat sei ein praktisch vollständiges Versagen gewesen, eine immer grössere Zahl von Rückfälligen mit entsprechender Zunahme der Delikte. Dieser Zustand sei nicht mehr erträglich, die neue Gesellschaft müsse hier Aenderungen verlangen.

Das ist jedoch erst ein Plan der Regierung, und das Parlament hat das Wort. Ein Optimismus auf rasche Verwirklichung ist kaum angebracht, das Parlament scheint sich mit der Sache nicht beeilen zu wollen und hat von den Anträgen der Regierung nicht sehr erfreut Kenntnis genommen. Sicher haben sich die bisherigen Zuchthäuser und Gefäng-

nisse in keiner Weise bewährt und werden weichen müssen (sie sind auch meist 100 Jahre oder noch älter). Es scheint aber, dass die Regierung mit ihrer Auffassung der öffentlichen Meinung voraussieht und noch viel Wasser in ihren Wein giessen muss. Die Absicht, zB. die Gefangenen auf breiter Basis an regelmässige Arbeit zu gewöhnen, ist schon früher weitgehend am Protest der Gewerkschaften gescheitert. Dabei benötigen diese Gefangenen die Arbeit wohl am meisten. Auch scheint bereits wieder das alte Schlagwort von der "Verwöhnung der Gefangenen" aufgetaucht zu sein, oder "dass die Begehung eines Verbrechens keinen Freipass für eine staatliche Vorzugsbehandlung darstellen dürfe". Auch sei es unzulässig, dass die Opfer eines Verbrechens nachher schlechter und ungesicherter dastünden, vielleicht sogar in Not gerieten, als der Täter. Hier sieht aber - und das ist bisher einmalig - die Regierung vor, dass der Staat den entstandenen Schaden zum grössten Teil zu tragen hätte. Ferner soll auch der Strafvollzug im Zeichen der Wiedergutmachung stehen; solange eine solche nicht erfolgt ist, zB. durch Arbeitslöhne, darf keine Entlassung erfolgen.

Der schwierigste Punkt der Vorlage ist zweifellos die Durchführung des gewiss richtigen Grundsatzes, dass kein Uebeltäter mehr aus einer Anstalt entlassen werden soll, solange er nicht zur Einsicht über die Unzulässigkeit seines Handelns gekommen ist, dh., christlich ausgedrückt, solange er keine Busse getan und keine Reue gezeigt habe. Bis das wirklich eintritt, nicht bloss geheuchelt ist, können viele Jahre vergehen, es muss fast immer zuerst ein ganzes Lebensgefühl sich ändern, was lange Zeit benötigt, besonders bei jungen Leuten, die Opfer falscher Erziehung oder sonstiger Missgriffe gewesen sind. Die Konsequenz daraus ist - und auch die englische Erfahrung bestätigt es -, dass von den Gerichten viel längere Inhaftierungen verfügt werden müssen. Dafür könnte aber das Vergeltungsprinzip, der Strafcharakter, wegfallen, und den Inhaftierten, wie es in Schweden schon ähnlich der Fall ist, ein zwar abgeschlossenes, zur Besinnung anregendes, aber auch würdiges Dasein geschaffen werden. Der lange Freiheitsentzug ist noch Strafe genug. Dem Staat würden nicht mehr Kosten entstehen als heute, wo die Mehrzahl der Verurteilten doch wieder rückfällig wird, aber die Gesellschaft wäre dafür viel besser geschützt, und es bestünde genügend Zeit, die Täter zur Besinnung zu bringen, soweit dies überhaupt möglich ist. Die Gedanken sind aber so neu, dass noch grosse Hindernisse zu überwinden sein werden, und auch die englische Regierung wird damit nur durchdringen, wenn die Verbrechenswelle weiterhin ansteigt, und eine dauernde Beunruhigung der Oeffentlichkeit die Apathie verscheucht.

Von Frau zu Frau

ZEIT IST GELD

EB. Das Sprichwort kennt jedermann; es ist wohl eines der abgedroschensten und der am meisten misshandelten. Sonderbar: es würde keinem von uns einfallen, ohne zu fragen über die Geldsumme zu disponieren, die zum Beispiel dem Lohn einer Stunde eines uns nicht näher Bekannten - oder auch eines Freundes - entspräche. Aber die entsprechende Zeit nehmen wir in Anspruch, ohne zu fragen, und wir können den Egoismus, ja die Unverfrorenheit, ziemlich weit treiben.

Nicht nur wir als Individuen verfügen oft in unverzeihlicher Weise über die Zeit anderer, nein, auch in Sprechzimmern und in der Oeffentlichkeit geschieht es. Ein besonders krasses Beispiel dieser Art haben sich kürzlich die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich erlaubt. Sie scheinen triftige Gründe gehabt zu haben, die Taxen zu erhöhen. Die Abonnemente waren noch einige Tage gültig und konnten dann entsprechend ihrem Wert an einem bestimmten Tag (oder waren es deren

zwei?) eingetauscht werden. Haben Sie die langen Schlangen gesehen? Unverdrossen hatten sie auszuharren, wenn sie des Geldwertes nicht verlustig gehen wollten. Und wenige rechneten aus, dass die verlorene Zeit mehr wert gewesen wäre als das bisschen Geld. Zeit ist offenbar doch immer noch billiger. Und viele darunter waren Hausfrauen. I h - r e Zeit pflegt ja sowieso nicht zu zählen. Welche Missachtung! Nein, so geht man mit seinen Kunden nicht um! Besonders wenn daneben einer steht, den viele angehen, weil er so wenig zu tun habe. Er wechsle keine alten Abonnements um, ist der Bescheid, er verkaufe nur neue. Ihr guten Schlangen, ihr mögt euch gedulden. Der Amtsschimmel steht daneben.

Nicht viel besser geht es in den Wartezimmern vieler Aerzte und Zahnärzte. Selbstverständlich kann es in den Sprechstunden Wartefristen geben. Wenn aber ein Patient auf eine bestimmte Zeit bestellt ist, so ist es eine Ungehörigkeit, ihn eine Stunde warten zu lassen. Es mag etwas dazwischenkommen - jeder Patient würde das verstehen. Aber das müsste dem Wartenden gemeldet werden. Meistens aber ist gar nichts dazwischengekommen als die unrationelle Arbeitsweise des betreffenden Arztes und seine Missachtung der Patienten und ihrer Zeit. Eine Entschuldigung, wenn er endlich eintreten darf? Bewahre! Wofür? Man ist ihrem Dünkel ohnmächtig ausgeliefert, und sie kosten die eigene Macht aus.

Der Egoismus kann sich in mancher Gestalt zeigen. Eine der krassesten ist eben diese. Und man soll sich nicht einbilden, dass der Hingehaltene sich in der aufgezwungenen Musse ausruhe. Er regt sich lediglich auf, und seine innere Unruhe wächst an. Er weiss, dass er nachher auf irgend eine Weise die verlorene Zeit wieder einbringen muss. Es sind schlimme Beispiele. Manchmal sieht es in unserem eigenen "Wartezimmer" im kleinen gesehen ähnlich aus. Wir halten Menschen hin, die etwas Besseres zu tun hätten, und wir fragen nicht, ob sie Zeit für uns haben. Wie oft sind wir sogar böse, wenn sie es uns ehrlich sagen, dass sie zu tun haben. Die Hauptsache sind wir selbst, unser Wunsch, unser Anliegen, das wir gerade auf dem Herzen haben. Wir wollen eine Geschichte hören oder unsere eigene erzählen. W i r haben gerade Zeit zu "verkaufen", der andere soll sie uns mit seiner eigenen abkaufen. Ob er will oder nicht, fragt man nicht. Es ist wohl das einzige "Geschäft", das wir machen, ohne zu fragen.

Wenn wir doch ein wenig behutsamer mit der Zeit unseres Nächsten umzugehen lernten! Wenn wir aber auch lernten, ungehörige Beanspruchungen unserer eigenen Zeit (solche Beanspruchungen können sogar in aufgezwungenen Vergnügen liegen) zurückzuweisen! Wir tun keinem Egoisten einen Dienst, wenn wir ihn nicht in seine Schranken weisen - selbst wenn er seines Zeichens Arzt oder gar der Staat wäre. Es bleibt uns dann mehr Musse, unsere Zeit jenen zu "verkaufen", d. h. in diesem Falle zu verschenken, die sie wirklich nötig haben. Das ist es ja gerade: wir können nur über einen ganz bestimmten Anteil unserer Zeit frei verfügen, und der Prozentsatz, der uns gestohlen wird, ist endgültig verloren. Zeit ist nicht weniger wertvoll als Geld - sie ist kostbarer.

Die Stimme der Jungen

DISKUSSION

KOMMUNISTISCHE FILME IN DER SCHWEIZ

Antworten

I.

-ih- Zuerst glaube ich, dass es falsch ist, Filme aus dem Osten grundsätzlich zu verbieten nach dem Prinzip: "Alles, was aus dem Osten kommt, ist schlecht und böse." Machen wir da nicht genau das, was wir den Kommunisten immer vorwerfen? Sie ändern nur die Himmelsrichtung und verkünden: "Alles, was aus dem Westen kommt, ist schlecht und böse und muss deshalb verboten werden". Nun, man kann sich na-

türlich darüber streiten. - Aber jedermann wird einsehen, dass man uns durch dieses gewiss gut gemeinte Verbot einen Teil unserer Freiheit wegnimmt, die Freiheit, selbst zu wählen und zu urteilen. Sicher würden auch wir merken, welche Filme nur zu Propagandazwecken gedreht wurden und welche einen künstlerischen Wert haben, und so auch die Kinobesitzer, die die Propagandafilme gar nicht spielen würden. So käme es zu einem Boykott der kommunistischen Propagandafilme. Dieser Boykott wäre eine viel überzeugendere Demonstration gegen den Osten als ein Verbot. Denn ein Verbot zeigt nicht den Standpunkt des Volkes, sondern den der Regierung oder der verantwortlichen Stelle.

Dieses Verbot ist auch deshalb sinnlos, weil wir schon sowieso mit kommunistischer Propaganda überflutet sind, gegen die bis jetzt noch niemand protestiert hat. Wir können zum Beispiel jeden Tag nachmittags und abends am Radio Moskau Sendungen in deutscher, französischer und italienischer Sprache anhören. Zu den Sendungen von Radio Moskau kommen noch solche aus Peking, Prag, Bukarest usw. Dazu können wir in jeder kommunistischen Gesandtschaft Propagandamaterial holen, das uns das Glück und die Zufriedenheit im Arbeiterparadies zeigt. Nicht zuletzt gibt es auch in der Schweiz kommunistische Zeitungen und begeisterte Kommunisten, die nur danach trachten, uns arme Kapitalisten zu bekehren. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen. Weshalb sollte es denn gerade den wenigen kommunistischen Filmen gelingen, die wir eventuell ansehen gingen?

Doch nun zum künstlerischen Wert. Ich glaube nicht, dass man Kunst und Politik vermischen darf, indem man sagt, ein künstlerisch wertvoller Film sei nur ein raffiniert gemachter Propagandafilm. Dies ist ein Vorwand, ein Grund, der erst jetzt auftaucht, um das Verbot zu rechtfertigen. Vorher sah man nämlich überall in der Schweiz Filme über die Bolschoi Ballette, und nie hat jemand gesagt, es sei Propaganda für den Kommunismus. Niemand hat daran gedacht, dass Galina Ulanova nur tanze, um den Westen zu betören. Und sie tanzt doch bestimmt nur um des Tanzens willen. Weshalb sollten denn die russischen Schauspieler und Regisseure nicht um der Kunst willen Filme drehen? Einen Beweis zu dieser Behauptung finden wir darin, dass sehr viele osteuropäische Filme der Politik so weit wie möglich ausweichen. Sie machen das entweder durch eine Flucht in die Vergangenheit oder durch Verfilmung von Märchen und Dramen (Trnkas Puppenfilme z. B. haben immer tschechische Sagen und Märchen zum Thema). Dieses Ausweichen verfolgt sicher keinen Propagandazweck.

Und wäre es wirklich so schlimm, wenn bei uns ein wenig Sympathie für den Osten geweckt würde? Nur ein ganz kleiner Teil der Osteuropäer ist kommunistisch, und dieser Teil unterdrückt die übrigen. Auch die Schauspieler und Regisseure sind wahrscheinlich zum grössten Teil Sklaven. Sie dürfen in ihren Filmen nicht das zeigen, was sie wollen; aber sicher tun sie es doch soweit wie möglich. Diese Leute verdienen unsere Sympathie und haben sie nötig. Werden ihre Filme boykottiert oder verboten, so werden sie selbst abgesetzt. Wir sollten sie unterstützen, indem wir ihre guten Filme ansehen. Die Kommunisten aber sollten wir vernichten, indem wir ihre reinen Propagandafilme boykottieren. So wären zwei Ziele erreicht: unsere Kinos könnten einige gute Filme mehr zeigen; der Osten aber wäre dadurch blamiert, dass seine reinen Propagandafilme abgewiesen würden.

Zum Schluss möchte ich noch festhalten, dass ich nicht im geringsten mit den Kommunisten sympathisiere. Ich versuche nur, die Ostvölker zu verstehen, und ich bin überzeugt, dass auch der Film uns dabei helfen könnte.

II.

KOMMT NICHT IN FRAGE

GA. Kommunistische Filme bei uns? Njet. Nicht, weil sie bestimmte, politische Thesen vertreten, die wir als Unsinn und als gefährlich betrachten. Sondern weil diese Filme alle nicht wahr sind. Diese Filme werden doch alle, ohne jede Ausnahme von kommunisti-